

**Niederschrift
zur Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Geest und Marsch
Südholstein (öffentlich)**

Sitzungstermin: Mittwoch, den 27.02.2019

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr

Sitzungsende: 21:26 Uhr

Ort, Raum: Haseldorfer Hof, Hauptstraße 32, 25489 Haseldorf

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bürgermeister Hans-Joachim Banaschak	CDU	
Herr Jörg Behrmann	CDU	
Herr Bürgermeister Peter Bröker	CDU	
Frau Bürgermeisterin Ute Ehmke	GuB	
Herr Hauke Heidecke	FWM	
Frau Bettina Homeyer	CDU	
Herr Bürgermeister Uwe Hüttner	CDU	
Herr Bürgermeister Ernst-Heinrich Jürgensen	SPD	
Frau Jutta Kaufmann	FDP	
Herr Marco Küchler	FWH	
Herr Jochen Kuik	Bündnis90/DieGrünen	
Herr Walter Lorenzen	SPD	
Herr Bernd Lottmann	Fraktion Die Grünen Holm	
Herr Manfred Lüders	FWH	
Herr Hans-Peter Lütje	CDU	Amtsvorsteher
Herr Axel Mankel	SPD	
Herr Bürgermeister Jürgen Neumann	CDU	
Frau Heidrun Osterhoff	FDP	
Herr Georg Plettenberg	CDU	
Herr Bürgermeister Reinhard Pliquet	SPD	
Herr Bürgermeister Michael Rahn-Wolff	FW	
Herr Gebhard Rühlow	GRÜNE	
Herr Uwe Schölermann	CDU	
Herr Bürgermeister Klaus-Dieter Sellmann	BfH	
Herr Dietmar Voswinkel	SPD	
Herr Bürgermeister Karl-Heinz Weinberg	CDU	
Herr Tobias Zeitler	CDU	

Außerdem anwesend

Herr Jochen Hauschildt	Fachbereichsleiter FB 2
Frau Jennifer Jathe-Klemm	Fachbereichsleiterin FB 4
Herr Jan-Christian Wiese	Fachbereichsleiter FB 5

Gäste

Zuhörer

Presse

Regionalausgabe Pinneberg
Wedel-Schulauer Tageblatt

Protokollführer/-in

Herr Frank Wulff

Fachbereichsleiter FB 1

Verwaltung

Frau Nicole Förthmann
Herr Rainer Jürgensen
Frau Christine Neermann

Personalratsvorsitzende

Gleichstellungsbeauftragte

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Monika Riekhof CDU

Die heutige Sitzung wurde durch schriftliche Ladung vom 13.02.2019 einberufen. Der Vorsitzende stellt fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung keine Einwendungen erhoben werden. Der Amtsausschuss ist beschlussfähig.

Die Sitzung ist öffentlich. Zu Punkt 16 und 17 der Tagesordnung wird die Öffentlichkeit ohne Aussprache ausgeschlossen.

Die Tagesordnung wird beschlossen.
Abstimmungsergebnis:

26 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Daraus ergibt sich folgende **Tagesordnung:**

Tagesordnung:

1. Bericht des Amtsvorstehers
2. Bericht des Amtsdirektors
3. Einwohnerfragestunde
4. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung
5. Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen
Vorlage: 0107/2019/AMT/BV
6. Information über geringfügige Haushaltsüberschreitungen im 2. Halbjahr 2018
Vorlage: 0108/2019/AMT/BV
7. Beitritt zum Zweckverband Kommunit
Vorlage: 0110/2019/AMT/BV

8. Änderung der Organisationsstruktur der Amtsverwaltung
Vorlage: 0098/2019/AMT/BV
9. Beratung und Beschlussfassung zur Reduzierung der Überstunden der Amtsverwaltung
Vorlage: 0104/2019/AMT/BV
10. Mitgliedschaft im Heimatverband des Kreises Pinneberg
Vorlage: 0092/2018/AMT/BV
11. Gespräch mit der Arge Maritime Landschaft Unterelbe
Vorlage: 0112/2019/AMT/en
12. Betreuungsklasse Haseldorf - Neufassung der Satzung
Vorlage: 0096/2019/AMT/BV
13. Haushaltssatzung 2019
Vorlage: 0105/2019/AMT/HH
14. Investitionsprogramm 2018 - 2022
Vorlage: 0106/2019/AMT/HH
15. Verschiedenes
18. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Protokoll:

zu 1 Bericht des Amtsvorstehers

Herr Lütje begrüßt alle Anwesenden verliest seinen Bericht gemäß **Protokollanlage 1**. Ergänzend zu seinem Bericht weist er auf den Stiftungspreis „Das beste kommunale Schwimmbad 2019“ hin.

Herr Sellmann begrüßt anschließend als Bürgermeister der gastgebenden Gemeinde Haseldorf die Anwesenden.

zur Kenntnis genommen

zu 2 Bericht des Amtsdirektors

Herr Jürgensen verweist auf seinen Bericht in der Sitzung des Hauptausschusses vom 18.02.2019.

zur Kenntnis genommen

zu 3 Einwohnerfragestunde

Es werden von der anwesenden Einwohnerschaft keine Fragen gestellt oder Anregungen gegeben.

zur Kenntnis genommen

zu 4 Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung

Gegen die Niederschrift der Sitzung des Amtsausschusses vom 18.12.2018 liegen keine Einwendungen vor.

zur Kenntnis genommen

**zu 5 Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen
Vorlage: 0107/2019/AMT/BV**

Herr Lütje geht kurz auf die vorliegende Übersicht der Haushaltsüberschreitungen ein.

Zur Überschreitung beim Deckungskreis „Fahrzeughaltung/Dienstreisen“ teilt Herr Plettenberg seine Meinung mit, dass die Überschreitung in diesem Bereich ein klarer Beweis dafür sei, dass der Amtsdirektor immer mehr unterwegs ist und somit nicht im Amtshaus anwesend ist. Herr Jürgensen antwortet, dass das vollkommen falsch ist, da dieser Deckungskreis den gesamten Aufwand für Fahrzeughaltung und Dienstreisen beinhalten würde. Neben dem tatsächlich gestiegenen Aufwand an Dienstreisen aller Kollegen habe sich auch die Zahl der Leasingfahrzeuge erhöht, bei denen jedoch wiederum eine 100 %ige Kostenerstattung durch die Nutzer/innen stattfinden würde.

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt, die Haushaltsüberschreitungen im Verwaltungshaushalt mit 44.116,74 € zu genehmigen.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 96 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

zu 6 Information über geringfügige Haushaltsüberschreitungen im 2. Halbjahr 2018
Vorlage: 0108/2019/AMT/BV

Beschluss:

Die Information des Amtsdirektors nach § 4 der Haushaltssatzung für das 2. Halbjahr 2018 wird zur Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

zu 7 Beitritt zum Zweckverband Kommunit
Vorlage: 0110/2019/AMT/BV

Herr Lütje führt in die Thematik ein. Seiner Meinung nach ist ein Beitritt zum Zweckverband kommunit sinnvoll um den gestiegenen Anforderungen im Bereich der EDV-Ausstattung und Betreuung gerecht zu werden. Über die Kostensituation sei intensiv im Hauptausschuss diskutiert worden. Herr Lütje verliest die Empfehlung des Hauptausschusses.

Herr Lottmann sieht eine erhebliche Kostensteigerung gegenüber der jetzigen eigenständigen Betreuung der EDV. Weiter stelle sich für ihn die Frage, warum ein Beitritt erst zum 01.07.2020 erfolgen solle. Aufzuklären sei auch darüber, was mit dem jetzigen Kollegen im der Stabstelle EDV passiert. Aus dem Entwurf des öffentlich-rechtlichen Vertrages mit kommunit sei zu entnehmen, dass diesem das EDV-Vermögen zu fallen würde. Hier stelle sich die Frage, wie hoch das Vermögen beziffert wird und was passieren würde, wenn das Amt diesen Zweckverband später wieder verlassen würde.

Herr Lütje und Herr Jürgensen antworten, dass mehrere Kommunen vor dem Amt in den Zweckverband integriert werden. Außerdem passe das genannte Eintrittsdatum, da dann auch kurze Zeit später der Umzug in das neue Amtshaus anstehen würde. Mit dem verbliebenen Kollegen im EDV-Bereich werde es zeitnah Gespräche bezüglich seiner Zukunft geben. Die Bewertung des EDV-Vermögens werde in den kommenden Gesprächen erfolgen. Sollte das Amt später den Zweckverband verlassen wollen, wäre die Überlassung von Vermögen an das Amt bzw. die anderweitige Auseinandersetzung Verhandlungssache.

Herr Hübner hält die Thematik „E-Government“ für sehr wichtig. Es stehe sinnbildlich für moderne Arbeitsplätze. Herr Jürgensen antwortet, dass es hierzu einen landesweiten Prozess gebe und auch kommunit dieses Thema mit seinen Verbandsmitgliedern intensiv vorbereite.

Herr Weinberg hält es für wünschenswert, dass die Verantwortung in diesem Bereich im Hause verbleibt. Es scheint, als sei der Auslöser dieser Diskussionen nur der Umstand, dass ein Kollege der Stabstelle IT das Haus verlassen hat. Herr Lütje verneint dies. Grundlage für diese Diskus-

sion seien der steigende Kostenaufwand und steigende Anforderungen.

Herr Rühlow fragt nach dem Unterschied zwischen kommunit und dem ITVSH. Herr Jürgensen antwortet, dass der ITVSH die Kommunen federführend bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes unterstützt und die Aufgaben des Einheitlichen Ansprechpartners wahrnimmt sowie kommunale Digitalisierungsprojekte umsetzt. Kommunit ist ein Zweckverband, dem Gemeinden, Städte, Ämter und Kreise beitreten, um ihm die Aufgabe des Betriebes und der Wartung einer EDV-Anlage, die für die Erledigung der Aufgaben vor Ort benötigt werden, zu übertragen.

Für Herrn Plettenberg ist klar, dass es auf jeden Fall teurer wird, die Aufgabe der EDV an kommunit zu übergeben. Der Zweckverband habe bereits über 150 Mitarbeiter, die finanziert werden müssen. Man sollte im Hause selbst die Aufgaben weiterhin wahrnehmen und im EDV-Bereich wieder die 2. Stelle besetzen. Das würde dann schon so passen. Herr Lütje antwortet dazu, dass nicht zu vergessen ist, dass Synergieeffekte eintreten werden und genutzt werden können. Die Beschaffung neuer Hard- und Software wird aufgrund der Mengen und dem Bestehen bestimmter Kooperationsverträge günstiger. Im Übrigen habe der Zweckverband momentan über 90 Mitarbeiter und nicht über 150.

Herr Sellmann geht auf die Vorstellung des Zweckverbandes kommunit und dessen Projekte in den kommenden Jahren ein. Die Umsetzung der Digitalisierung der Schulen im Jahre 2021 sei zu spät. Herr Jürgensen stimmt dieser Meinung zu und erklärt, dass deswegen das Amt hierzu eigene Schritte und Maßnahmen in die Wege geleitet hat.

Herr Kuik fragt, wie viele Arbeitsplätze momentan von kommunit betreut werden. Herr Lütje antwortet, dass die genaue Zahl unbekannt ist.

Herr Rühlow geht auf die letzten Aussagen des Mitgliedes Plettenberg ein. Die Feststellung, mit zwei Arbeitsplätzen würde man den Aufgaben und Anforderungen gerecht werden, sei unseriös. Die Kosten seien im Haushalt klar erkennbar und es sei auch logisch, dass der bestehende Personalbestand den Anforderungen nicht mehr gerecht werden würde. Herr Mankel ergänzt, dass der Beitritt zu kommunit strategisch der eindeutig richtige Schritt sei.

Beschluss:

Der Amtsausschuss favorisiert einen Beitritt zum Zweckverband kommunit. Die Verwaltung wird beauftragt, weitere Gespräche mit dem Zweckverband kommunit über den Umfang der Dienstleistungen zu führen. Zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses (25.04.2019) ist eine Vorlage mit konkreten Kostenermittlungen und einem Fahrplan vorzubereiten.

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 88 Nein: 8 Enthaltung: 0 Befangen: 0

zu 8

Änderung der Organisationsstruktur der Amtsverwaltung
Vorlage: 0098/2019/AMT/BV

Herr Lütje geht auf die vorliegende Sitzungsvorlage ein. Einige Mitarbeiter/innen, darunter auch langjährig beschäftigt, haben das Amt verlassen. Grundsätzlich müsse sich das Amt also Gedanken machen, seine Attraktivität als Arbeitgeber zu steigern. Dazu gehöre es auch, aufgrund des Zuwachses an Aufgaben, der Steigerung der Vielfalt an Aufgaben sowie zur Erreichung von schnelleren und einfacheren Entscheidungskompetenzen die Organisationsstruktur anzupassen.

Herr Lottmann stellt dar, dass die Aufgabenstruktur des künftigen Büroleitenden Beamten nicht ganz klar ist. Herr Lütje antwortet, dass der Büroleitende Beamte zwischen dem Amtsdirektor als Verwaltungsleitung und den einzelnen Fachbereichsleitungen angesiedelt wird. Der Büroleitende Beamte erhält Weisungsbefugnis gegenüber den Fachbereichsleitungen. Das stelle aber grundsätzlich keinen Eingriff in die Entscheidungsbefugnisse der Fachbereichsleitungen in personeller und organisatorischer Sicht da. Herr Jürgensen ergänzt, dass der Büroleitende Beamte nicht in die Kompetenzen der Fachbereichsleitungen eingreife. Der personelle Zugriff vollziehe sich auf die Fachbereichsleitungen.

Herr Schölermann fragt, ob dafür eine zusätzliche Stelle geschaffen wird. Herr Lütje erklärt, dass ein Fachbereichsleiter diese Aufgabe zusätzlich wahrnehmen wird.

Herr Heidecke fragt, wo die künftigen Aufgaben des Büroleitenden Beamten bisher angesiedelt waren und wie der Mitarbeiter die neuen Aufgaben noch mit leisten soll. Herr Jürgensen antwortet, dass die Aufgaben bisher zu seinen Funktionen gehörten. Der Fachbereichsleiter wird für die künftigen weiteren Aufgaben bisherige Aufgaben auf untergeordnete Sachbearbeitungen abgeben.

Herr Plettenberg erklärt, dass die hohe Zahl der Überstunden belegt ist. Der wahre Grund für die Änderung der Organisation sei der, dass der Amtsdirektor dann noch mehr unterwegs sein könne. Herr Schölermann und Herr Lütje antworten, dass das zusammenhanglos sei und es auch darum gehe, neben einer notwendigen Anpassung auch Anreize für Mitarbeiter zu schaffen. Frau Förthmann ergänzt, dass auch der Personalrat die Einrichtung des Büroleitenden Beamten für sinnvoll erachtet.

Herr Hübner fragt, was der Amtsdirektor mit den freiwerdenden Zeiträumen tun wird. Herr Jürgensen antwortet, dass es dadurch vielleicht möglich sein wird, dass er seine Aufgaben in der regulären Zeit schafft und nicht die Samstage und Sonntage im Büro verbringen muss.

Herr Mankel ergänzt, dass die Einrichtung aus organisatorischen Gründen wichtig ist. Unabhängig von dieser Diskussion sei der Amtsdirektor immer erreichbar.

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt, die Organisationsstruktur der Amtsverwaltung ab dem 01.03.2019 dahingehend zu ändern, dass unmittelbar unter dem Amtsdirektor und oberhalb der Fachbereichsleitungen die Stelle der Büroleitenden Beamtin / des Büroleitenden Beamten eingerichtet wird.

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 75 Nein: 14 Enthaltung: 7 Befangen: 0

zu 9

Beratung und Beschlussfassung zur Reduzierung der Überstunden der Amtsverwaltung

Vorlage: 0104/2019/AMT/BV

Herr Lütje erinnert an seine Informationen über die Gespräche mit den Mitarbeitern des Amtes. Thema war u.a. auch der Stand der Überstunden und Möglichkeiten zur Reduzierung. Die jetzige Zusammenstellung über die vielfältigen Gründe für die Überstunden sei sehr aufschlussreich. Es gebe genügend Anregungen für die Gemeinden, etwas zur Reduzierung des Aufwands zu tun. Es müsse dabei auch über die freiwilligen Aufgaben diskutiert werden. Bei der Organisation und der Durchführung gemeindlicher Veranstaltungen müsse überlegt werden, ob nicht auf Dritte, z.B. Vereine und Verbände, zurückgegriffen werden kann. Im Bereich des Sitzungsdienstes muss die Digitalisierung wieder als Thema aufgegriffen werden.

Herr Zeitler hält die Festlegung eines zeitlichen Rahmens für sinnvoll. Es sei Diskussionsbedarf vorhanden, so dass den Gremien ein gewisser Zeitraum gewährt werden muss. Herr Lütje schlägt vor, Ergebnisse aus den Gemeinden bis zur übernächsten Sitzung des Hauptausschusses (13.08.2019) zusammenzutragen.

Herr Lottmann erläutert, dass er sich bereits konkrete Maßnahmen in der Beschlussvorlage gewünscht hätte.

Herr Hübner erklärt, dass in Hetlingen darüber diskutiert wird, ob man die Zahl der Ausschüsse verringert. Trotzdem sei eine fachliche Begleitung der Ausschusssitzungen notwendig. Die Nutzung des papierlosen Sitzungsdienstes (Session-Net) müsse unbedingt forciert werden. Herr Jürgensen hält eine fachliche Begleitung ebenfalls für notwendig. Aber höherbezahlte Kräfte, insbesondere die Fachbereichsleitungen, müssen von der Protokollführung entlastet werden. Herr Seus ergänzt, dass die Nutzung von Session-Net vorangetrieben werden müsse. Geräte müssten dafür eventuell bereitgestellt werden und es müsste sich nicht nur an das IOS-Betriebssystem gehalten werden.

Herr Heidecke fragt, über welchen Zeitraum die Überstunden entstanden sind und inwiefern die Zahlen überhaupt verwertbar sind. Herr Jürgensen antwortet, dass die Zahlen monatlich aktualisiert werden und verwertbar sind.

Herr Heidecke fragt weiter, ob es bereits finanzielle Angebote gegeben habe, Überstunden zu streichen. Herr Jürgensen erklärt, dass finanzielle Maßnahmen mit entsprechender Beschlussfassung der Gremien möglich wären.

Herr Mankel hält Maßnahmen zum Abbau von Überstunden unbedingt für erforderlich. Es müssten grundlegende organisatorische Entscheidungen getroffen werden.

Herr Neumann führt aus, dass der Aufwand, der in den Gemeinden für die Durchführung der eigenen freiwilligen Leistungen betrieben wird, letztlich Auswirkungen auf den Stellenplan hat. 3.000 Überstunden bedeuten 2,5 Stellen.

Herr Plettenberg ist der Meinung, dass der Abbau der Überstunden einfach zu vollziehen wäre. Wenn man die 3.000 Überstunden durch 50 Mitarbeiter teilt, würde sich im Ergebnis 60 ergeben. Bezogen auf die Anzahl der jährlichen Arbeitswochen würde sich dann ergeben, dass eine Überstunde je Woche abbaubar wäre. Das sollte doch machbar sein.

Beschluss:

Der Amtsausschuss begrüßt die umfangreiche Vorlage zur Reduzierung der Überstunden der Amtsverwaltung und erkennt die gesetzliche Verpflichtung des AD zum Schutz der Belegschaft (ArbZG) an.

Die in der Vorlage aufgeführten Hinweise und Anregungen dienen als Basis für weitere Beratungen und Diskussionen in den Gemeinden.

Die Gemeinden werden aufgefordert, insbesondere den notwendigen Umfang der Sitzungen sowie der freiwilligen Leistungen zu prüfen und zu hinterfragen.

Die Verwaltung wird gebeten, erneut Kostenmodelle zur Einführung des digitalen Abrufs von Sitzungsunterlagen bzw. der Beschaffung von iPads oder anderer Modelle vorzubereiten und den gemeindlichen Gremien und den Gremien des Amtes zur Entscheidung vorzulegen.

Der Hauptausschuss wird sich in den nächsten Sitzungen erneut mit der Thematik und den weiteren Ergebnissen aus den Gemeinden befassen.

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 85 Nein: 8 Enthaltung: 3 Befangen: 0

zu 10 Mitgliedschaft im Heimatverband des Kreises Pinneberg Vorlage: 0092/2018/AMT/BV

Herr Lütje erläutert kurz den Sachverhalt.

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt die Mitgliedschaft des Amtes GuMS im Heimatverband für den Kreis Pinneberg von 1961 e.V. zu einem Jahres-

beitrag in Höhe von 330 €. Dann eventuell bestehende Doppelmitgliedschaften durch bestehende Mitgliedschaften von Gemeinden werden aufgelöst.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 96 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

**zu 11 Gespräch mit der Arge Maritime Landschaft Unterelbe
Vorlage: 0112/2019/AMT/en**

Herr Sellmann berichtet über das Gespräch mit der Arge Maritime Landschaft Unterelbe. Die einzelnen Projekte bzw. Ideen wurden eingehend besprochen. Dabei haben sich viele Anregungen ergeben. Eine Frage habe sich z.B. dahingehend ergeben, warum man auf den Deichspitzen nicht mit dem Fahrrad fahren könne.

zur Kenntnis genommen

**zu 12 Betreuungsklasse Haseldorf - Neufassung der Satzung
Vorlage: 0096/2019/AMT/BV**

Herr Schölermann erklärt, dass er die zu diesem Tagesordnungspunkt gehörende Beschlussvorlage nicht kennen würde. Herr Bröker erläutert daher den Inhalt der Beschlussvorlage sowie den aktuellen Stand der Diskussionen.

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt, der vorliegenden Neufassung der Satzung für die Betreuungsklasse mit den vorgenommenen Änderungen gemäß Synopse zuzustimmen.

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 16 Nein: 0 Enthaltung: 80 Befangen: 0

**zu 13 Haushaltssatzung 2019
Vorlage: 0105/2019/AMT/HH**

Herr Jürgensen präsentiert die wesentlichen Kennzahlen des Haushalts gemäß Protokollanlage 2. Herr Lütje führt anschließend aus, dass die Stelle des Bauingenieurs (Studium) aktuell nicht besetzt wird. Im Stellenplan sollte die Stelle aber zur Verfügung stehen, um im Falle einer Umsetzung bzw. Einrichtung der Möglichkeit durch das Land, handeln zu können.

Herr Lottmann fragt, warum die Stelle „Klimaschutz/Förderprojekte“ aktuell gestrichen wurde. Herr Lütje erläutert, dass die Stelle weiterhin sehr sinn-

voll ist, aber aktuell räumlich keine Möglichkeit für die Einrichtung eines weiteren Arbeitsplatzes besteht. Auf Nachfrage von Herrn Lottmann erläutert Herr Jürgensen, dass sich die im Stellenplan befindlichen Stellen für Protokollführungen aufgrund der Diskussionen zum Abbau der Überstunden im Hinblick auf die Sitzungsbegleitungen ergeben haben.

Herr Schölermann ist der Meinung, dass der im Vortrag dargestellte Vergleich der Amtsumlagesätze nicht wertbar ist, weil sicherlich Unterschiede bei den Aufgaben, den Strukturen, etc. bestehen. Herr Jürgensen begründet die Vorstellung damit, dass Aussagen, wonach das Amt GuMS Spitzenzeiter mit dem Amtsumlagesatz in SH ist, widerlegt werden sollten.

Zur Stelle „Klimaschutz/Förderprojekte“ ergänzt Herr Mankel, dass die Stelle unbedingt nächstes Jahr wieder aufgegriffen werden muss und dafür bereits jetzt eine Stellenbeschreibung erstellt werden sollte. Herr Neumann ergänzt, dass die Notwendigkeit unbestritten ist und die Aufgaben vielleicht auch künftig bei anderen Stellen integriert werden könnten.

Herr Rühlow fragt, ob mit den Ansätzen zur Betreuung der EDV-Anlage im Bereich der Hard- und Software vorsichtig umgegangen wird, da die Zusammenarbeit mit dem Zweckverband kommunit sich entsprechend auf die Hard- und Software auswirken wird. Herr Jürgensen antwortet, dass im Bereich der Beschaffungen für Hard- und Software Absprachen mit kommunit erfolgen und auch jetzt bereits Synergieeffekte genutzt werden sollen.

Herr Schölermann fragt, wann alle Gemeinden auf die Doppik umgestellt sein werden. Herr Jürgensen plant, dass der 01.01.2021 das Ziel ist.

Herr Hübner führt aus, dass es aus Sicht der Gemeinde Hetlingen begrüßenswert wäre, wenn das Studium im Bauingenieurwesen früher als 2020 umgesetzt wird. Herr Jürgensen antwortet, dass der Bedarf verständlich ist, aber momentan kein Platz für einen Arbeitsplatz vorhanden ist. Herr Hübner ergänzt, dass in der Gemeinde Hetlingen ein Vereinsraum vorhanden ist, der tagsüber nicht genutzt wird. Vielleicht könnte seitens der Verwaltung eine Nutzung dieses Raumes geprüft werden. Herr Jürgensen antwortet, dass der größte Knackpunkt die Einhaltung des Datenschutzes ist, wenn auch Dritte einen solchen Raum nutzen. Außerdem gehört zu einer qualifizierten Ausbildung auch die direkte Nähe zum Auszubildenden.

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt, die Haushaltssatzung unter Berücksichtigung der Veränderungen aus den vorangegangenen Ergänzungsbeschlüssen zu verabschieden.

Die im Stellenplan unter lfd. Nr. 71 neu ausgewiesene Vollzeitstelle eines technischen Angestellten für „Klimaschutz und Förderprojekte“ wird ersatzlos gestrichen. Die eingeplanten Personalkosten sind entsprechend zu

reduzieren.

Die im Stellenplan unter lfd. Nr. 72 neu ausgewiesene Vollzeitstelle eines technischen Angestellten (Bauingenieur nach Studium) wird im Stellenplan weiterhin dargestellt. Die Stelle bleibt jedoch bis auf Weiteres unbesetzt und dient als Absichtserklärung für die Stellenbesetzung nach Abschluss eines erfolgreichen Studiums.

Die im Stellenplan unter lfd. Nr. 73 ausgewiesene Teilzeitstelle einer Sachbearbeitung als „Zuarbeit im Fachbereich Bauen und Liegenschaften“ (19,5 Std. wöchentlich/ 6 TVöD) wird für erforderlich erachtet und im Stellenplan weiterhin ausgewiesen.

Die im Stellenplan bei den jeweiligen Fachbereichen zusätzlich ausgewiesenen Teilzeitstellen für die „Protokollführung“ mit einem Gesamtumfang von 2,64 Vollzeitstellen (3 TVöD) werden im Stellenplan weiterhin dargestellt. Diese Stellen erhalten jedoch einen Sperrvermerk „Besetzung nur nach Beschluss des Amtsausschusses über die Freigabe“, da zunächst die weiteren Entwicklungen zur Reduzierung der Überstundensituation abgewartet werden sollen. Die eingeplanten Personalkosten sind entsprechend zu reduzieren.

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 88 Nein: 8 Enthaltung: 0 Befangen: 0

zu 14 Investitionsprogramm 2018 - 2022

Vorlage: 0106/2019/AMT/HH

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt das vorliegende Investitionsprogramm für die Jahre 2018 – 2022.

Für die Sanierung der Toiletten der Grundschule Haseldorf sind der Restbetrag des Investitionsvolumens sowie der erhöhten Zuweisungen zu berücksichtigen.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 96 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

zu 15 Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt ergeben sich keine Wortmeldungen.

zur Kenntnis genommen

zu 18 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Es ist keine Öffentlichkeit mehr vorhanden, so dass eine Bekanntgabe nicht erfolgt.

Herr Lütje bedankt sich anschließend bei allen Anwesenden und schließt um 21.26 Uhr die Sitzung.

zur Kenntnis genommen

Für die Richtigkeit:

Datum: 09.04.2019

gez. Hans-Peter Lütje
Vorsitzender

gez. Frank Wulff
Protokollführer